

Landessynode
der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
5. bis 6. April 2019

B e s c h l u s s
der Landessynode betr.

Haltung zeigen. Wort der Landessynode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen

Haltung zeigen

Wort der Landessynode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen.

Mit diesem Wort möchte die Landessynode Menschen in der Kirche Mut machen, über aktuelle Herausforderungen des gesellschaftlichen Miteinanders zu sprechen. Es konzentriert sich auf drei Herausforderungen: soziale Gerechtigkeit, Miteinander in Vielfalt und Ringen um Wahrheit. Der Synode ist bewusst, dass unsere Kirche dem hier formulierten Anspruch oft nicht gerecht wird. Das Wort soll als Grundlage und Orientierung für ein Gespräch dienen, für ein gemeinsames Ringen um das gebotene Zeugnis des Evangeliums in dieser Zeit.

Dieses Wort der Landessynode versteht sich als Impuls und will zur Weiterarbeit anregen. Die Landessynode bittet darum, es auf weitere aktuelle Fragen (z.B. Klimawandel, Rüstung, Europa) zu beziehen.

I. Soziale Gerechtigkeit

Wir nehmen wahr, dass viele Menschen in unserem Land Sorge um ihr tägliches Auskommen haben. Der Abstand zwischen Arm und Reich ist weiterhin zu groß. Familien mit geringem Einkommen stehen am Rand der Gesellschaft. Wohnen wird – vor allem in den Städten – für viele nahezu unerschwinglich. Immer mehr Menschen sind auf Grundsicherung angewiesen; der Gang zur Tafel wird für sie zum Normalfall. Zugänge zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe werden aufgrund sozialer Herkunft und Lebenslagen erschwert. Einige Regionen haben kaum Anteil an der gegenwärtig positiven wirtschaftlichen Entwicklung.

Wir glauben: Leben in der Nachfolge Jesu heißt, dem vermeintlichen „Recht des Stärkeren“ zu widerstehen. Unser Eintreten für Menschen, die Abwertung, Ausgrenzung und Unterdrückung erfahren, ist Ausdruck unserer Beziehung zu Gott, der uns in Jesus Christus als Mensch und Anwalt der Armen und Benachteiligten begegnet. Unser Auftrag ist das Evangelium, die Gute Nachricht für alle Menschen. Diesem Evangelium allein sind wir verpflichtet.

Wir setzen uns ein für soziale Gerechtigkeit in unserem Land. Aus der Kraft des Gebetes ist kirchliches Handeln anwaltschaftliches Handeln: Wir überprüfen unsere Sprache und unser Tun, weil wir in Armen und Benachteiligten nicht Empfänger vermeintlicher Wohltaten, son-

dem Partner und eigenverantwortlich Handelnde sehen. Wir setzen uns in Wort und Tat für Menschen ein, die von Armut betroffen sind. Benachteiligte Kinder haben in evangelischen Bildungseinrichtungen besondere Chancen. Wir verschließen die Augen nicht vor prekären, sogar ausbeuterischen Arbeits- und Wohnverhältnissen. Dabei spielt es für unser Eintreten keine Rolle, ob betroffene Menschen aus anderen Ländern zu uns kommen oder aus dem eigenen Land stammen.

II. Miteinander in Vielfalt

Wir nehmen wahr, dass sich völkisches und rassistisches Denken, Reden und Handeln auch in unserem Land ausbreitet. Menschen und Menschengruppen werden wegen ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer religiösen und kulturellen Herkunft oder wegen körperlicher, geistiger und seelischer Einschränkungen abgewertet und ausgegrenzt. Zunehmend werden Menschen durch Sprache, Haltungen und Taten erniedrigt und verletzt.

Wir glauben an die versöhnende und befreiende Botschaft der Liebe, in der Christus uns begegnet. Jeder Mensch ist vor Gott einmalig. Individualität und Vielfalt der Gaben sind Ausdruck der Gnade Gottes. Alle Menschen sind dazu gerufen, den Wert menschlichen Lebens zu achten, ein menschenwürdiges Miteinander zu gestalten und insbesondere den Schwächeren beizustehen.

Wir stellen uns schützend und öffentlich hörbar und sichtbar vor Menschen, die Ausgrenzung und diskriminierenden Erfahrungen, verbaler oder tätlicher Gewalt ausgesetzt sind. Wir öffnen unsere Räume für Menschen in Not. Wir ermutigen zum Widerstand gegen menschenverachtendes Reden und Handeln. Jede Form von Antisemitismus ist und bleibt unvereinbar mit dem biblischen Zeugnis und dem christlichen Glauben. Wir unterstützen alle, die sich gegen Verachtung und Diskriminierung Anderer einsetzen und beteiligen uns an Netzwerken zur Stärkung von Zivilcourage.

III. Ringen um Wahrheit

Wir nehmen wahr, dass die Demokratie als Grundlage unseres Gemeinwesens infrage gestellt und untergraben wird. Autoritäre politische Kräfte beanspruchen, einen vermeintlichen Volkswillen zu kennen, für ihn zu sprechen und ihn durchzusetzen. Die Praxis der Lüge dringt in das öffentliche Leben ein. Tatsachen werden zum eigenen politischen und ideologischen Vorteil verdreht und damit die öffentliche Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit untergraben.

Wir glauben: Lüge versklavt, doch die Wahrheit befreit. Jesus Christus steht mit dieser Verheißung in einer prophetischen Tradition, nach Wahrheit zu streben und sie auszusprechen – auch gegenüber denen, die Macht haben und sie einsetzen. Wir stellen uns in diese biblische Tradition mutiger Wahrhaftigkeit.

Wir wehren uns gegen jede Politik, die auf manipulativen oder verfälschten Vorgaben aufbaut oder diese für sich nutzt. Wir nennen solche Versuche der Spaltung offen beim Namen. Respektlosigkeit, Manipulation, bewusst zerstörerischen Tabubrüchen oder Provokationen, die geltendes Recht untergraben, treten wir entschieden entgegen. Gemäß unserem Auftrag engagieren wir uns für einen offenen gesellschaftlichen Dialog. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen für das, was sie sagen, Verantwortung übernehmen. Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit muss unser gesellschaftliches Miteinander prägen.

Anlage

Sigrun Neuwerth, Präses

Berlin, den 6. April 2019